Dr. Christos Pantazis, MdB
Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Pressemitteilung

Folgeregelungen zum Beitragssatzstabilisierungsgesetz - Informationsschreiben

„Die ersatzlose Streichung der bisherigen Informationspflicht wird korrigiert."

Berlin, 7. Oktober 2026

Dr. Christos Pantazis, MdB
Abgeordneter für Braunschweig
Gesundheitspolitischer Sprecher

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040

Wahlkreisbüro:
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

Im parlamentarischen Verfahren zu den Folgeregelungen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes wurde eine Neuregelung der Informationspflicht der Krankenkassen bei steigenden Zusatzbeiträgen auf den Weg gebracht. Entsprechende Änderungsanträge wurden in die Beratungen des Gesundheitsausschusses eingebracht.

Dazu erklärt Dr. Christos Pantazis, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion:

„An meiner Haltung hat sich nichts geändert: Die ersatzlose Streichung der bisherigen Informationspflicht wird korrigiert. Wenn eine Krankenkasse ihren Zusatzbeitrag erhöht, müssen Versicherte darüber aktiv, verlässlich und verständlich informiert werden. Nur so können sie Beiträge vergleichen, ihre Wahlfreiheit nutzen und gegebenenfalls von ihrem Sonderkündigungsrecht Gebrauch machen.

Dabei verbinden wir Digitalisierung, Bürokratieabbau und Verbraucherschutz: digital, wo es möglich und gewünscht ist – analog, wo es notwendig bleibt.

Entscheidend ist nicht das Papier, sondern dass die Information die Versicherten tatsächlich erreicht. Wir

Dr. Christos Pantazis, MdB
Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

werden Bürokratie, Papier und Porto reduzieren – aber nicht die Informationsrechte der Versicherten.

Mit den jetzt eingebrachten Änderungen haben wir dafür eine praxistaugliche Lösung auf den Weg gebracht. Die parlamentarischen Beratungen wollen wir zügig zum Abschluss bringen."